

Riskanter Grenzverkehr

Die nicht ganz freiwillige Öffnung der Grenze zum Gaza-Streifen war für Ägyptens Präsident Mubarak ein innenpolitischer Prestigeerfolg. Das anschließende Chaos im Grenzort Rafah, Preissteigerungen und Zusammenstöße zwischen Palästinensern und ägyptischen Sicherheitskräften haben die Situation für die ägyptische Regierung aber zunehmend riskant werden lassen.

Für ein paar Tage erinnerten die Ereignisse im ägyptischen Grenzort Rafah an eine Mischung aus Berliner Mauerfall und Winterchlussverkauf. Nachdem die Hamas am 23. Januar begonnen hatte, die Grenzbefestigungen zwischen dem Gaza-Streifen und Ägypten an mehreren Stellen einzureißen, gab Ägyptens Präsident Mubarak zwei Tage später dem innenpolitischen Druck nach und erklärte die längst offene Grenze für offen. Seither sollen mehr als 700.000 Palästinenser in den ägyptischen Grenzort Rafah geströmt sein, um sich mit Lebensmitteln, Treibstoff und Gebrauchsgütern einzudecken. Sogar Maschinen, Autos und Kamele werden aus Ägypten über die Grenze in den Gaza-Streifen geschafft. Was ursprünglich zur humanitären Aktion für die unter israelischer Blockade leidenden Palästinenser deklariert wurde, gerät zunehmend zu einer unkontrollierten Massen-Shoppingtour mit schwer übersehbaren Begleiterscheinungen. Die ägyptische Regierung bringt diese Situation mehr und mehr in Bedrängnis. Während sie die Grenzöffnung in der regierungsnahen Presse weiterhin als Akt der Solidarität mit den hungernden Palästinensern preist, häufen sich im In- und Ausland kritische Stimmen. Immer öfter ist von Waffenschmuggel, Schusswechseln, Souveränitätsverlust, Preissteigerungen und Plünderungen die Rede.

Innenpolitisches Appeasement

Spätestens am Freitag war der ägyptischen Regierung klar geworden, dass die Situation an der Grenze zum Gaza-Streifen innenpolitisch brenzlich wurde. Hatte man palästinensische Grenzverletzung in der Vergangenheit mit Wasserwerfern und Waffengewalt in den Griff bekommen, drohte die Situation diesmal aus dem Ruder zu laufen. Die ägyptischen Zeitungen druckten Bilder von weinenden palästinensischen Kindern, die verbotene Muslimbruderschaft trommelte mehrere Hundert ihrer Anhänger zu einer Solidaritäts-Demonstration im Zentrum Kairo zusammen und die Freitagsprediger in den ägyptischen Moscheen riefen die Gläubigen zum Spenden und Handeln auf. Die ägyptische Regierung hatte jetzt keine Wahl mehr: innenpolitisches Appeasement musste vor internationale Glaubwürdigkeit und Souveränitätssicherung gehen. Präsident Mubarak verkündete, dass Ägypten die Grenzübertritte vorübergehend dulden werde, um den "verhungerten" Palästinensern zu helfen. Die Rechnung ging zumindest für einige Tage auf. Während in der internationalen Presse vom Versagen Kairo bei der Grenzsicherung zu lesen war, feierten die ägyptischen Zeitungen den großen Grenzverkehr am Gaza-Streifen als humanitären Coup.

Gute Geschäfte

Zum Feiern war derweil auch vielen Händlern im ägyptischen Grenzort Rafah zumute. Die Palästinenser kauften alles, was sich bewegen und über die Grenze schaffen lässt und machten die schmutzige Grenzstadt für wenige Tage zur Boom-Town des Landes. Die Freude währte nur kurz. Nachdem Berichte über massive Preissteigerungen, überbeuerte Weiterverkäufe und Plünderungen die Runde machten, zwang die ägypti-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERBÜRO ÄGYPTEN

ANDREAS JACOBS

Januar 2008

KAS-Länderberichte

www.kas.de/aegypten

sche Regierung viele Geschäfte dazu, ihre Läden zu schließen. Hotels soll sogar die Unterbringung von Palästinensern untersagt worden sein. Für Unmut hatte vor allem der massenhafte Aufkauf von Treibstoff gesorgt. Ein Liter Benzin kostet in Ägypten dank hoher Subventionen umgerechnet 16 Cent – ein Bruchteil des bislang üblichen Preises im Gaza-Streifen. Seit Sonntag mehren sich in der ägyptischen Öffentlichkeit deshalb kritische Stimmen. Vom Ausverkauf Ägyptens ist die Rede, von reichen Palästinensern, die durch Massenkäufe die Preise in die Höhe trieben und von fehlender Verantwortung der reichen Golf-Araber. Auch in den Badeorten des Ostsinai ist man über die Situation wenig erfreut. Nicht nur die israelischen Hotelgäste drohen wegzubleiben.

Internationaler Druck

Auch international wird der Spielraum für die ägyptische Regierung enger. Die Hamas drängt auf ein bilaterales Grenzabkommen und Israel auf eine ägyptische Kontrolle des Gaza-Streifens. Beides ist für Kairo inakzeptabel. Einen Machtgewinn der Hamas kann die Mubarak-Regierung angesichts ihrer innenpolitischen Probleme mit der Hamas-nahen Muslimbruderschaft momentan ebenso wenig gebrauchen wie den Vorwurf, Israel die politische Verantwortung für den Gaza-Streifen abzunehmen. Gleichzeitig wächst aber der Druck auf Kairo, den Waffenschmuggel und die chaotischen Zustände an der Grenze unter Kontrolle zu bekommen und die Souveränität über das eigene Territorium wieder herzustellen. Die Regierung hat deshalb ihren Ankündigungen, dem Treiben an der Grenze ein Ende zu setzen, mittlerweile Taten folgen lassen und mit der Schließung der Grenze begonnen. Ob dies weiterhin ohne Übergriffe und innenpolitischen Flurschaden über die Bühne gehen wird, bleibt offen. Fest steht, dass am Ende der Initiator des Spektakels als politischer Gewinner dastehen wird: die palästinensische Hamas.

Dr. Andreas Jacobs ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo.